

2017-08-24

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt am
06.06.2017

Sitzungsbeginn: 16:40 Uhr
Sitzungsende: 20:09 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal 1.33, Rathaus Roßlau, Markt 5

Es fehlten:

Fraktion der CDU

Gebhardt, Roland entschuldigt

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Pätzold, Hans-Joachim bis 18:30 Uhr

Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen

Busch, Thomas entschuldigt

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, begrüßte die Anwesenden und stellte die form- und fristgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt fest. Es waren 8 von 9 Mitgliedern anwesend.

Die Anwesenheitsliste liegt als Anlage 1 bei.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, kündigte einen Änderungswunsch für die Tagesordnung an. **Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, bat um eine Ergänzung der Tagesordnung im

Tagesordnungspunkt Punkt 6. Es handele sich dabei um eine Informationsvorlage zur Finanzierung des Projektes Kavaliertstraße. In der Ausschreibung der Arbeiten in der Kavaliertstraße - 1. Bauabschnitt haben sich Fakten ergeben, die eine überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 2.270.000 Euro notwendig machen. Aufgrund der zeitlichen Dringlichkeit wurde kurzfristig eine Informationsvorlage erstellt. Der Bauausschuss und der Haupt- und Personalausschuss werden diese als entsprechende Handreichung als Information bekommen, bevor der Stadtrat die Vorlage offiziell beschließen könne. Durch diese Vorgehensweise könne der zeitliche Verzug der Baumaßnahmen verhindert werden.

Herr Schönemann ließ darüber abstimmen, ob die Tagesordnung um die Informationsvorlage: „Umgestaltung Kavaliertstraße 1. Bauabschnitt (BA) zwischen der Askanischen Straße und der Friedrichstraße - Genehmigung einer überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung“, als Tagesordnungspunkt 6.2.1 ergänzt werden soll.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

Die Tagesordnung wurde geändert beschlossen.

3 Genehmigung der Niederschriften vom 04.04.2017 und 02.05.2017

Genehmigung der Niederschrift vom 04.04.2017

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

Die Niederschrift vom 04.04.2017 wurde ungeändert beschlossen.

Genehmigung der Niederschrift vom 02.05.2017

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 1

Die Niederschrift vom 02.05.2017 wurde ungeändert beschlossen.

4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Der Ausschussvorsitzende, Herr Schönemann, informierte, dass es in der Sitzung am 02.05.2017 keine nichtöffentlichen Beschlüsse gegeben habe.

5 Einwohnerfragestunde

Es gab keine Wortmeldungen.

6 Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1 Vorstellung der Landesverordnung Natura 2000 durch das Landesverwaltungsamt

Herr Dr. Thalmann, Obere Naturschutzbehörde im Landesverwaltungsamt, führte aus, dass seit 2012 die „Landesverordnung über die NATURA 2000-Gebiete im Land Sachsen-Anhalt“ vorbereitet werde. Im September solle nun das Verfahren eröffnet werden.

Herr Pietsch, Obere Naturschutzbehörde im Landesverwaltungsamt, informierte über die künftige Landesverordnung.

Die Präsentation liegt als Anlage 2 bei.

Herr Meier, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, fragte, was mit den Lebensraumtypen außerhalb der Natura-2000-Gebiete passiere. **Herr Dr. Thalmann** antwortete, dass das Land eine repräsentative Anzahl an Lebensraum-beinhaltenen Gebieten innerhalb der Gebietskulisse gemeldet habe. Diese Liste wurde von der EU-Kommission bestätigt und bildet die Grundlage für die Richtlinie, es gebe nur noch geringen Nachmeldebedarf. Die gestellte Frage sei jedoch erst wichtig, wenn im Zuge der Berichtspflicht festgestellt werde, dass bestimmte Arten sich so stark verschlechtern, sodass es zum Nachsteuern innerhalb des EU-weiten Monitoring komme. **Herr Pietsch** ergänzte, dass bei dem Regelungskatalog abgeprüft wurde, wo es Förderprogramme des Landes gebe. Die Verordnung werde so gestaltet sein, dass keine Förderschädlichkeit ausgelöst wird. Bei bestimmten Förderrichtlinien dürfen außerhalb von Natura 2000 gelegene Lebensraumtypen mit gepflegt werden.

Herr Meier fragte, wie die nördlichen Vogelschutzgebiete mit dem Lebensraumtyp Offenlandfläche in Einklang gebracht werden könnten. **Herr Pietsch** sagte, dass bei den ausgewiesenen Schutzzonen nur ein Trittschutz vorgesehen sei. Für Landwirtschaft und ähnlichem werde keine Vorgabe gemacht. Für flexible Vogelarten gäbe es Schutzzonen um den Brutstandort, welches mit dem Landwirt abgestimmt werde.

Herr Meier fragte, wie sich die entsprechenden neu existierenden Managementpläne für Sachsen-Anhalt mit den vorgestellten Sonderregelungen vertragen würden. **Herr Dr. Thalmann** erwiderte, dass diese Instrumente sich nicht widersprechen sollten. Im Detailverfahren sollen Zielkonflikte erkannt und gelöst werden. Einige Konflikte müssten außerdem landesintern geklärt werden, um sie in der Fläche umzusetzen.

Herr Meier fragte, ob die Kreis- und Stadtverwaltungen bei der Umsetzung unterstützt werden. **Herr Dr. Thalmann** antwortete, dass die Umsetzung am Ende funktionieren müsse. Formal sei seine Behörde nur für die Ausweisung zuständig, für den Vollzug jedoch die Unteren Naturschutzbehörden. Bei absehbaren Problemen müsste das Land aber überlegen, wie es unterstützen könne. Die Landesverwaltung stehe hier in der Pflicht, vor allem am Anfang in der Einrichtungsphase. Es sei Zusammenarbeit und Absprache gefragt. **Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen**, sagte, dass wenn diese Aufgaben übertragen werden, auch die entsprechenden finanziellen Mittel übertragen werden müssten. **Herr Dr. Thalmann** erwiderte, dass dies 2014 geregelt wurde. Für die Kreisverwaltungen werden aber nun auf jeden Fall Mehrbelastungen zukommen und dort müsse noch eine Lösung gefunden werden.

Herr Dr. Melchior fragte, ob touristische Gebiete, wie etwa das Luisium, dadurch beeinträchtigt würden. **Herr Pietsch** verneinte dies. Ufer- und Anglerregelungen würden nicht in der derzeitigen Form fixiert werden. Er werde entsprechende Informationen dazu an die Ausschussmitglieder im Nachgang zukommen lassen.

Herr Dr. Melchior fragte, ob es noch detailliertere Karten geben werde. **Herr Dr. Thalmann** bejahte dies. Es werde entsprechende Karten im Maßstab 1:10.000 erstellt und online als interaktiver Service angeboten. Zur öffentlichen Auslegung werde es auch erstmalig ein Onlineverfahren geben. **Herr Dr. Melchior** erweiterte seine ursprüngliche Frage auf die touristischen Radwege. **Herr Dr. Thalmann** antwortete, dass bestandskräftig bestehende Anlagen seien von Beschränkungen ausgenommen. Alle Vorhaben die erfolgreich eine Verträglichkeitsprüfung durchlaufen, seien automatisch freigestellt. Es lägen dafür definierte Schutzzwecke zugrunde.

Herr Meier sagte, dass die Qualität der Offenlandtypen in Sachsen-Anhalt abfalle und fragte, ob die Landesverordnung diesem Umstand entgegenwirke. **Herr Dr. Thalmann** antwortete, dass dafür bereits verschiedene Arbeitsgruppen gebildet wurden und die Fördermittelbedingungen nun so angepasst werden sollen, dass sie zu den Zielen der Landesverordnung passen. Landwirtschaft- und Umweltschutzbereiche stünden nun in einer engen Abstimmung und Kooperation. Die Randbedingungen seien sehr günstig. **Herr Pietsch** ergänzte, dass derzeit 2/3 dieser Flächen ungenutzt seien und dass hier Bewirtschafter gefunden werden müssen.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, fragte, ab wann die Auslegung beginnen solle. **Herr Dr. Thalmann** erwiderte, dass dies im September geschehen werde. Die Auslegung wird 2 Monate lang erfolgen. Jeder Bürger habe die Möglichkeit, sich zum Regelungskatalog und zur Abgrenzung der Gebiete zu äußern.

6.2 Information über das gemeinsame Projekt "Skulptur für Liebeschlösser" im Bereich der Muldebrücke Vorlage: IV/033/2017/III-66

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, wünschte sich, dass bei der Präzisierung des Projekts die Gestaltung noch einmal überarbeitet werde. Das Projekt könne die Stadt bereichern.

Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, regte an, dass der Gestaltungsbeirat in dieser Sache eingebunden werden solle, da der Standort sehr markant sei. Dieses Votum müsse dann entsprechende Berücksichtigung finden. **Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, unterstrich, dass dieser Wunsch bereits in einem entsprechenden Passus der Vorlage festgehalten sei. **Herr Schönemann** betonte, dass er eine fachliche Betreuung wichtig finde und er es darum erforderlich halte, dass die Vorlage vor der Einbringung in den Gestaltungsbeirat noch einmal überarbeitet werde. Er fände es gut, wenn verschiedene Varianten der Gestaltung vorgestellt werden würden.

Herr Adamek, Fraktion CDU, betonte, dass ein Grundgedanke sei, dass dieses Projekt möglichst in der Nähe der Friedensbrücke umgesetzt werde, damit Menschen davon abgehalten werden, ihre Schlösser an dieser Brücke anzubringen. In Sachen der Gestaltung könne der Gestaltungsbeirat einbezogen werden. **Herr Dr. Melchior** erwiderte, dass der Standort unstrittig sei. Bei der Gestaltung müsse aber darauf geachtet werden, dass das Design von der Bevölkerung als positiv wahrgenommen werde. Herr Schönemann verwies darauf, dass Vorsicht zu walten habe, da unterschiedliche Interpretationen möglich seien und jeder einen unterschiedlichen Geschmack habe.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

6.2.1 Umgestaltung Kavalierstraße 1. Bauabschnitt (BA) zwischen der Askanischen Straße und der Friedrichstraße Genehmigung einer überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung Vorlage: BV/182/2017/III-66

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, informierte darüber, dass die Vorlage nötig wurde, da mit der Umsetzung des Bauvorhabens in der Kavalierstraße begonnen werden solle und bei der entsprechenden Ausschreibung festgestellt wurde, dass das Ergebnis der Submission deutlich höher ist, als dies zu Beginn der Ausschreibung ersichtlich war. Damit das Projekt nicht gestoppt werden müsse, sei eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung nötig. Sie stelle die Grundlage für die Auftragsvergabe dar.

Herr Tschammer, Fraktion der SPD, fragte, was die Grundlage für die Kostenschätzung vor der Ausschreibung gewesen sei. **Frau Schlonski** erwiderte, dass die konkreten Kosten vor einem $\frac{1}{2}$ bis $\frac{3}{4}$ Jahr die Grundlage waren. Seit diesem Zeitpunkt haben sich die Preise jedoch drastisch erhöht. **Herr Tschammer** sagte, dass solche Kostensteigerungen unzumutbar seien. **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, erwiderte, dass die Verwaltung solche Kostenentwicklungen wie bei der Kavalierstraße nicht voraussehen könne.

Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes, informierte darüber, dass sich die Positionen Erdbau, Tiefbau und Plattenbelege deutlich verteuert hätten. Der Leuchtenpreis habe sich außerdem fast verdoppelt. Die Preise in diesem Segment haben sich sehr stark erhöht. **Herr Schönemann** stellte fest, dass offenbar ein Trend ersichtlich sei. Herr Pfefferkorn sagte, dass es die letzten 10 Jahre eigentlich kaum Preissteigerungen gegeben habe. Es werde geprüft, ob der Planer diese Entwicklung hätte absehen können. **Herr Schönemann** sagte, dass bundesweit gebaut werde und gleichzeitig die Kapazitäten hinter dieser Art von Zielsetzung zurückstünden. Die Stadt habe an dieser Stelle keine Wahl, sondern eine klare Zielsetzung.

Herr Pfefferkorn sagte, dass Dinge wie Weihnachtsbeleuchtungen eingespart werden könnten, aber sonst kaum Möglichkeiten der Abänderung bzw. der Einsparung möglich seien. Am Ende solle es ein qualitativ hochwertiger Ort in der Stadt werden.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, sagte, dass er das Problem darin sehe, dass die Mittel des Fördermittelgebers als auch der Stadt Dessau-Roßlau endlich seien. Diese Dinge müssten in der Oberbürgermeisterdienstbesprechung und mit dem Finanzdezernat abgestimmt werden. **Frau Schlonski** erwiderte, dass das weitere Vorgehen sowohl mit dem Oberbürgermeister als auch mit dem Finanzdezernat abgesprochen sei. **Herr Pfefferkorn** informierte weiter darüber, dass am 9. Juni 2017 mit dem Fördermittelgeber genau die angesprochenen Themen abgesprochen werden soll und es bereits mit der Dezernatsleitung eine Vorabstimmung gegeben habe.

Frau Benckenstein, Fraktion der AfD, fragte, inwiefern sich dies auf den weiteren Ausbau der Kavallerstraße in nächstem Bauabschnitt auswirke. **Herr Pfefferkorn** sagte, dass dieser Teil bisher noch gar nicht in der Planung sei. **Frau Benckenstein** erwiderte, dass die Kosten nun stiegen. **Herr Pfefferkorn** unterstrich, dass nun bei jedem kommenden Projekt damit zu rechnen sei. **Herr Schönemann** sagte, dass für diesen ersten Bauabschnitt die Kosten dann aber abgedeckt seien.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

6.3 Informationen des Dezernates für Stadtentwicklung und Umwelt

6.3.1 Sachstand Muldebrücke

Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes, informierte darüber, dass die letzten Arbeiten, Montage der Geländer und Bau der Geh- und Radwege, baldig abgeschlossen werden. Auf der Westseite der Brücke erfolgten Asphaltarbeiten und die Errichtung der Lichtsignalanlage. Auf der Ostseite würden Asphalt- und Pflasterarbeiten durchgeführt. Der Termin für die Inbetriebnahme sei der 26.06.2017. Gegen 14 Uhr erfolge das Durchschneiden des Bandes. Zu der Verschiebung um 6 Tagen sei es gekommen, da eine Karenzzeit eingeplant wurde, die es ermöglicht, auf mögliche Änderungsvorgaben bei der Endabnahme zu reagieren. Eine Umleitung des Verkehrs nach Verkehrsfreigabe sei dann nicht mehr rückgängig zu machen und deswegen wurde diese Sicherheitsmaßnahme getroffen. Im Anschluss an die Verkehrsfreigabe erfolge als nächstes die Anbindung der Wasserstadt und des Friederikenplatzes. Im Zuge dieser Maßnahmen seien Verkehrseinschränkungen nicht auszuschließen.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, bat darum, dass er eine Terminkette für die Anschlussarbeiten erhalte. **Herr Pfefferkorn** sicherte dies zu und ergänzte, dass die Restarbeiten bis November 2017 abgeschlossen sein sollten.

6.3.2 Sachstand Kavalierstraße, Umfeldgestaltung Bauhausmuseum, Kunst im öffentlichen Raum, OdF-Mahnmal

Herr Jähne, Projektsteuerer Bauhausmuseum/Kavalierstraße, informierte, dass aus Sicht der Projektsteuerung die Punkte Inhalt/Qualität und Terminplanung im grünen Bereich sind und sich positiv entwickelten. Seit dem letzten Sachstandsbericht habe es Veränderungen im Bereich der Kostenentwicklung und Finanzierung gegeben. Hintergrund hierfür seien die Kostenentwicklungen bei den aktuellen Ausschreibungen und nun getroffene Gegenmaßnahmen. Schwerpunkte der Präsentation von Herrn Jähne waren der aktuelle Sachstand und die Terminplanung.

Die Präsentation liegt als Anlage 3 bei.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, fragte, ob bereits eine Baugrube existiere, da diese auf dem Bild von der Webcam nicht klar ersichtlich sei. **Herr Jähne** bejahte dies.

Herr Schönemann bat darum, dass die abschließende Konzeption des Objektes seitens des Bauhauses, im nächsten Bauausschuss präsentiert werde. **Herr Jähne** sicherte dies zu. **Herr Schönemann** konkretisierte, dass dieses Thema auf der nächsten Tagesordnung stehen und Herr Assmann etwas konkret zu den einzelnen Vorgängen sagen solle. Es gehe konkret um Veränderungen in den projektgestaltenden Änderungen.

Frau Jahn, Leiterin des Amts für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste, berichtete, dass der Gestaltungsbeirat Schritte für die weitere Vorgehensweise im Bereich „Kunst im öffentlichen Raum“ vorgegeben habe. Diese Ansatzpunkte würden nun entsprechend abgearbeitet. Früher habe es kein gesamtstädtisches Konzept für Kunst im öffentlichen Raum gegeben. Wenn eine Skulptur gefertigt war, wurde danach entschieden, welcher Ort der passende Platz für sie sei. Am 13.07.2017 solle es eine Sondersitzung zum Thema „Konzept für Kunst im öffentlichen Raum“ geben. Die Mitglieder des Bauhausschusses, des Gestaltungsbeirates und des Kulturausschusses seien eingeladen. In diesem Zusammenhang solle es eine Begehung des Stadtparks geben. Das Kulturamt habe in Zusammenarbeit mit dem Theater eine schematische Darstellung der einzelnen Figuren, welche im Stadtpark zukünftig stehen sollen, erarbeitet. Es könne sich somit ein umfassendes Bild vor Ort gemacht werden. Eine entsprechende Einladung werde rechtzeitig versendet. Für das Erstellen einer Gesamtvorlage müssten noch die abschließenden Entscheidungen bezüglich des OdF-Mahnmals abgewartet werden.

Herr Schönemann unterstrich die Wichtigkeit dieser Art der Betrachtung, da so ein Raumbezug ermöglicht werde und dies auch Einfluss auf die Gestaltung der Grün- und Außenanlagen habe. **Frau Jahn** ergänzte, dass genau diese Informationen auch vor Ort erläutert werden sollen. Sie führte weiter aus, dass der Hauptausschuss der Versetzung des OdF-Mahnmals an einen neuen Standort am Eingang des Stadtparkes zwischen Wohnblock Kavaliersstraße 54/56 und Springbrunnen zugestimmt habe. Im Rahmen einer Werkstatt am 09.05.2017 wurde die Gestaltung dieses neuen Ortes eruiert. Der Ort soll auch dem Gedenken gerecht werden. Der Planer hatte in diesem Zusammenhang eine Wirkungsanalyse durchgeführt und vorgeschlagen, den Standort ein kleines Stück zu verschieben. In einer anschließenden Diskussion ergab eine Abstimmung, dass die Standortfrage im Hauptausschuss neu diskutiert werden solle. Die nun verlorene Zeit soll durch eine angepasste Zeitschiene kompensiert werden. **Herr Schönemann** betonte, dass das entscheidende Gremium nicht Bestandteil des Workshops war. Die Zusammensetzung der abstimmenden Perso-

nen war somit vollkommen neu. Es lägen nun zwei vollkommen unterschiedliche Bewertungen vor, die nur schwer vergleichbar seien. Er und seine Fraktion akzeptiere die Entscheidung der Erstfindung und habe die dringende Bitte, sich gestalterisch auf diesen Standort einzustellen. Alle Diskussionen die den Vorgang verkomplizierten, sollten bitte in der zweiten Linie diskutiert werden. Er habe immer wieder betont, wie wichtig es sei, sich vor dem eigentlichen Rückbau abschließend über Wiederaufbau und Neugestaltung zu einigen. Eine Abstimmung solle per qualifizierter Vorlage und fiskalischer Untersetzung erfolgen. Es sei schade, dass derjenige, der das Denkmal abgebaut habe, nicht in die Technik und die Art des Wiederaufbaus mit einbezogen wurde. Auf Grund der Dokumentation und der Größe einzelner geborgener Teile des Denkmals könne der Wiederaufbau für jemand anderes Probleme bergen. Das Denkmal solle an den abgestimmten Standort kommen und die Umgebung in einer entsprechenden Qualität gestaltet werden.

Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, informierte darüber, dass für den 2. Standortvorschlag 2 Aspekte eine Rolle gespielt haben. Die entscheidende Frage sei, ob das Mahnmal eine zentrale Präsenz im öffentlichen Raum haben solle oder ob die Möglichkeit eines würdevollen Gedenkens im Vordergrund stehen müsse. Beide Standpunkte gehören gegeneinander abgewogen. Er bedauere, dass diese visuelle Bewertung im Hauptausschuss bei der Entscheidung nicht vorgelegen habe.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, sagte, dass das Hauptproblem sei, dass die Entscheider im Hauptausschuss bei den folgenden Diskussionen nicht mehr beteiligt waren. Die Opferverbände hätten klar gemacht, dass das Mahnmal an der Straße verbleiben solle. Er werde sich zu diesem Thema öffentlichkeitswirksam im Stadtrat äußern, da der Umgang der Verwaltung mit diesem Thema eine einzige Katastrophe sei. Er und seine Fraktion vertreten die Meinung, dass alles nach der gefallenen Entscheidung auszurichten sei.

Herr Tschammer, Fraktion der SPD, stimmte auch im Namen seiner Fraktion zu, dass eine abschließende Entscheidung getroffen wurde und diese bindend sei. Die Meinung der Opferverbände müsse Berücksichtigung finden. Er habe kein Verständnis dafür, dass beratende Gremien Beschlüsse wieder in Frage stellen. Der Wiederaufbau müsse außerdem zeitnah erfolgen.

Herr Pätzold, Fraktion Die Linke, unterstrich, dass der neu vorgeschlagene Standort auch einen viel höheren Aufwand verlangen würde. Die Entscheidung des Hauptausschusses müsse durchgesetzt werden und der Termin sei außerdem zu beachten.

Herr Adamek, Fraktion CDU, betonte, dass er immer wieder gesagt habe, dass er den unterschiedenen Standort für nicht entsprechend dem Rahmen halte. Die demokratische Beschlusslage müsse aber entsprechend beachtet und umgesetzt werden. Mehrheiten müssten akzeptiert werden und deswegen ist der entschiedene Standort für ihn bindend.

Frau Benckenstein, Fraktion der AfD, sagte, dass ihre Fraktion ebenfalls den Willen der demokratischen Mehrheit als bindend ansehe. Sie stimme allerdings Herrn Schönemann bei seinen Aussagen bezüglich des Ab- und Aufbaus insofern zu, als das dieser von ein und derselben Person vorgenommen werden müsse.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, unterstrich zur Arbeitsweise der Verwaltung, dass zwei Beschlüsse getroffen wurden. Der erste betraf den Standort und der zweite betraf die Klärung der Umfeldgestaltung im Rahmen eines Workshops. Sie habe zu Herrn Pläßmann ganz deutlich gesagt, dass der Standort festgelegt sei und mit diesem weiter zu planen sei. Er habe den Wunsch geäußert, den anderen Standort zumindest in die Diskussion einzubringen. In der eigentlichen Diskussion, an der auch Opferverbände beteiligt waren, habe sie mehrfach darauf hingewiesen, dass wenn der beschlossene Standort infrage gestellt werde, der zeitliche Ablauf nicht einzuhalten sei. Sie sehe kein Verschulden der Verwaltung dafür, dass die Diskussion an dieser Stelle erneut eröffnet wurde. Eine

entsprechende Vorlage werde auch im nächsten Haupt- und Personalausschuss behandelt. Der Ausschuss werde dann gefragt, ob die Diskussion erneut geöffnet werden solle oder nicht. Der bisherige Standort habe Bestand, aber die Entscheidung einer großen Runde verschiedenster Akteure könne auch nicht einfach ignoriert werden.

Herr Dr. Melchior fragte, ob die Informationsvorlage bereits verschickt sei. **Frau Jahn** antwortete, dass die Vorlage am 02.06.2017 zugestellt wurde, zusammen mit einem Schreiben, in dem die Frage stehe, ob der Hauptausschuss diese Vorlage noch auf die Tagesordnung nehmen wolle.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, betonte, dass er in der Stadtratssitzung am 21.06.2017 deutlich machen werde, wie er den Umgang der Verwaltung mit der Versetzung des OdF-Mahnmals bewerte. Seine Fraktion und er haben zur zweiten Beratung keine Einladung bekommen. **Frau Jahn** erläuterte, dass die Fraktion mit Verteiler gewesen sei und sicherte eine Überprüfung zu. **Herr Otto** erwiderte, dass er bei seiner Fraktion extra noch einmal nachgefragt habe. Auch die Vorbereitung der Verwaltung für die erste Beratung empfinde er als mangelhaft. Alles was jetzt gemacht worden sei, hätte bereits vorher gesehen werden müssen. **Herr Schönemann** bat darum, dass es nicht zu Feindseligkeiten, sondern zum Abgleich klarer Argumente kommen solle. Er akzeptiere seine Entscheidung, dieses Thema im Stadtrat zu behandeln. Er könne Frau Schlonski den Wortbeitrag vorher zukommen lassen, damit sie argumentativ darauf antworten könne. Die Lösung halte er für fair. **Herr Otto** sagte, dass er darin keinen Sinn sehe und im Stadtrat die Dinge ohne eine vor gefasste Rede ansprechen werde.

Herr Dr. Melchior betonte, dass er denke, dass Herrn Ottos Fraktion wie alle anderen ebenfalls eine Einladung erhalten habe. **Herr Schönemann** unterstrich, dass eine Fairness in der Diskussion notwendig sei und alles andere nicht zielführend sei. **Frau Schlonski** erinnerte daran, dass die Vorbereitung der ersten Veranstaltung durch das Büro des Oberbürgermeisters erfolgt sei. **Herr Adamek** ergänzte, dass in dem E-Mail Verteiler, über den die Einladung zu dem Workshop verschickt wurde, auch Herrn Ottos Fraktion enthalten war.

Herr Schönemann fasste zusammen, dass zum Thema Standort OdF-Mahnmals durch den Hauptausschuss eine abschließende Entscheidung getroffen werde.

Herr Pätzold verließ um 18:30 die Sitzung.

6.3.3 Sachstand Ringschluss Nord

Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes, informierte darüber, dass die Aufgabenstellung, welche sich aus dem Beschluss vom Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt ergeben hat, zur Erweiterung der Fortschreibung an das Planungsbüro geschickt wurde. Es lagen Angebote für 2 Planfälle vor. Der erste Fall sei nach den Vorgaben aus der Aufgabenstellung vom 04.04.2017 geplant worden. Im zweiten Fall wurde das Angebot auf Wunsch der Ausschusssmitglieder erweitert. Der Friederikenplatz werde nun mit der Maßgabe von einem Tempolimit von 50 Km/h geprüft. In diesem Zusammenhang wurde auch die Konstellation ohne Tonnagenbeschränkung und auf dem Ringschluss ein Tempolimit von 60 Km/h geprüft. Für die Planfälle 1 und 2 fielen Kosten in Höhe von 14.600 Euro an. Als Optionsleistung liege ein Angebot für 2 weitere Planfälle vor, die Kosten betragen 3.600 Euro. Es bestehe somit die Möglichkeit, auf weitere Wünsche zu reagieren. Die Aufgabenstellung sei unter den genannten Kriterien erarbeitet worden und sobald der Ausschuss der Aufgabe

erteilt, könne die Auslösung Ingenieurvertrages erfolgen. Die Ergebnisse und die weitere Fortschreibung könnten dann im Bau- und Wirtschaftsausschuss im November 2017 vorge stellt werden.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Um welt, erkundigte sich, ob die qualifizierte Form der Untersetzung des Beschlusses unter dem Aspekt der Gesamtentlastung des Stadtteils "Nord" Bestandteil des Arbeitsauftrages sei. **Herr Pfefferkorn** bejahte dies. Aus dem Ergebnisse solle sich die Netzbelastung insgesamt ableiten lassen und diese die entsprechende Begründung liefern.

Herr Meier, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, sagte, dass er sich aus Grün den der Transparenz wünsche, dass im Zusammenhang mit dieser Verkehrsmessung dar gestellt werde, welche Methode und welcher Ablauf bei der Ermittlung Anwendung finden. Durch diese Vorgehensweise könnte erreicht werden, dass auch Kritiker diesen Zahlen glauben. Herr Schönemann ergänzte, dass eine solche Zählung ganz klare methodische Ansätze habe. Herr Pfefferkorn unterstrich, dass es möglich sei, die Ermittlung der Zahlen transparent darzustellen.

Herr Tschammer, Fraktion der SPD, sagte, dass er wisse, wie schwierig eine solche Prog nose anhand von Zählungen und Statistiken aufzustellen sei. Auf gar keinen Fall dürfen aber Parameter angesetzt werden, die einen Minimalkurs als Ziel haben. Er sei dafür, dass die Beauftragung entsprechend des beschlossenen Kompromisses erfolge und diese aber nicht nur auf Grundlage von negativen Vorgaben erfolge. Das Ergebnis könne dann nur un brauchbar sein. Wenn an die Zukunft der Stadt geglaubt werde, dann müsse sie attraktiv gehalten werden. Das war damals bereits die Intention der Umgehungsstraße und der 2. Muldebrücke. Das Ergebnis der Zählung müsse ein positives Ziel haben. **Herr Meier** erwi derte, dass Herr Tschammer diese Zahlen in verschiedenen Konzepten mit beschlossen habe und die Statistiken vom Land Sachsen-Anhalt wissenschaftlich fundiert seien. Auch er sei der Meinung, dass man positiv denken solle, aber man müsse sich auch an Fakten hal ten. **Herr Tschammer** erwiderte, dass er so etwas nicht beschlossen habe.

Herr Adamek, Fraktion CDU, bat darum, aus den Fehlern zu lernen und die Zählung nun umzusetzen. Die damaligen Zahlen müssten zur Legitimation neu erfasst werden, da sich die Gegebenheiten einfach geändert hätten. Er freue sich auf November 2017, wenn die Ver gleichszahlen für die Verkehrsentwicklungszahlen vorlägen. Er denke nicht, dass in 20 Jah ren niemand mehr in Dessau wohnt. **Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürger Forum/Die Grünen,** legte Herrn Otto nahe, die alten Prognosen der Bevölkerungsentwick lung und die der heutigen Zeit zu vergleichen, damit er feststelle, dass die Fortschreibungen ähnlich seien. Gegen die Entwicklung des Arbeitsplatzverlustes und der Abwanderung, lasse sich nur schwerlich etwas tun und er denke, dass niemand das bewusst herbeiführen wollte. **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau,** erwiderte, dass er mit anderen Bürgermeistern aus verschiedenen Städten gesprochen habe und diese der Meinung waren, dass so keine effektive Stadtplanung aussehe, sondern nur die Verwaltung ihres Untergangs betrieben werde. **Herr Dr. Melchior** merkte an, dass, wenn man früher Entwicklungen anders entgegengewirkt hätte, die Ausgangslage heute eine andere sein könne. **Herr Schönemann** un terstrich, dass damals die Rahmenbedingungen anders waren und diese Diskussion nicht zielführend sei. Es sei gut sich offensiv einer Entwicklung entgegenzustellen und dass er denke, dass die Verantwortungsträger der Stadt Dessau-Roßlau nicht aufgeben. **Herr Meier** betonte, dass man lieber darüber streiten könne, was eine Stadt lebenswert macht und wa rum wichtige Dinge im urbanen Kern abgerissen werden. Er verstehe nicht, warum die Dis kussion darüber eröffnet werde, ob jemand die Stadt aufgebe.

Frau Benckenstein, Fraktion der AfD, sagte, dass bereits bei der Bewerbung zur LAGA klar war, dass es darum geht, die Stadt aufzuwerten und die Jugend an diesen Ort zu bin den. Aus diesem Grund sei z. B. die Stadtmarketinggesellschaft gegründet worden. Auch war Konsens, dass neue Standorte für die Wirtschaft geschaffen werden. Auf gar keinen Fall

solle die Stadt untergehen und deswegen sei der Ringschluss nötig. Bei der Rechnung dürfe nicht der Grundgedanke dominieren, dass immer weniger Leute in die Stadt kommen.

Herr Schönemann unterstrich noch einmal, dass die Zählung die Grundlage der Begründung für weitere Maßnahmen sein solle. Weitere Diskussionspunkte seien nicht zielführend.

6.3.4 Sachstand Ersatzneubau Schwimmhalle

Herr Bekierz, Leiter des Amtes für zentrales Gebäudemanagement, informierte, dass die Haustechnikmontage begonnen habe. Auch wurde der Einbau der Elektronik und Sanitärtechnik gestartet. Die Umsetzung und das Vergabeverfahren verliefen termingerecht.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, fragte, ob es denkbar wäre, eine geeignete Verwendung des Glasbildes aus der Südschwimmhalle im Zuge der jetzigen Maßnahmen zu finden. Es bestehe die Gefahr, dass es verloren ginge. **Herr Bekierz** verneinte dies. Die Ausgangslage der Orte sei völlig unterschiedlich. Das Glasgemälde sollte den Blick damals auf sich ziehen und das Gebäude aufwerten. In der neuen Schwimmhalle könnten die Besucher in die grüne Natur sehen. Das Fenster funktioniere auch nur als Außenfenster. **Herr Schönemann** formulierte die Aufgabe, dass eine rechtzeitige Bergung des Fensters notwendig sei, da es sonst verfallen würde. Ein entsprechend sorgsamer Umgang sei geboten. **Herr Bekierz** sagte, dass es möglicherweise eine Weiternutzung gebe. Falls es zu einem Rückbau komme, dann würde es eine entsprechende Dokumentation und Sicherung des Kunstwerkes geben. **Herr Tschammer, Fraktion der SPD**, sagte, dass die DWG bei ihrem Umzug ein Kunstwerk aus „Scheibe Nord“ mitgenommen habe und es somit erhalten habe, dies sei ein positives Beispiel für eine gute Lösung. Es wäre schade, wenn die Chance ungenutzt bliebe, Kunst durch Wiedernutzung langfristig zu erhalten. Er halte das Kunstwerk für erhaltenswert und die Stadt solle hier entsprechend tätig werden. **Herr Bekierz** unterstrich, dass es mit einer Keramik in der Flössergasse ein weiteres Beispiel dafür gebe, wie die Stadt Kunst erhalte. Wenn Kunstobjekte nach dem Ende der Nutzung ihres bisherigen Standortes sich optisch gut an einem anderen Platz in der Stadt einfügen, werde natürlich versucht, diese dort neu zu installieren und somit langfristig zu erhalten.

Herr Schönemann betonte, dass die Bevölkerung an diesem Thema einen großen Anteil nehme.

6.3.5 Sachstand LAGA-Projekte

Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste, berichtete anhand einer Übersicht, dass die LAGA-Maßnahmen Historischer Friedhof, Teilsanierung des August-Bebel-Platzes, Wallpromenade, Marktstraße, Spielplatz im Stadtpark und Umgestaltung Askanische Straße bis zum Jahr 2019 finanziell und personell zu verwirklichen wären. Der Bereich des Welterbezentrums und der Grünbrücke müsse städteplanerisch vollkommen neu konzipiert werden. Bis auf diese fünf Maßnahmen werden alle ande-

ren Vorschläge zurückgestellt. Für drei der fünf Vorschläge, wurden bereits Fördermittelanträge gestellt. Die Beantragung der Fördermittel für das Umfeld des ehemaligen Arbeitsamtes muss noch erfolgen. Dieser Antrag wird in Zusammenarbeit mit Herrn Dr. Reck gestellt.

Die Übersicht liegt als Anlage 4 bei.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, fragte, ob die Projekte dem Ausschuss vor der Beantragung vorgestellt werden. Frau Jahn antwortete, dass diese bereits in einem Quartierskonzept beschlossen wurden. Sobald es weitergehende Planungen gäbe, würde der Ausschuss entsprechend darüber informiert.

Herr Schönemann verwies auf die mögliche Bedeutung der Sanierung des August-Bebel-Platzes für das Jubiläum im Jahr 2019. **Frau Jahn** erwiderte, dass jeglicher Betrachtung unter der Prämisse der derzeitigen Haushaltssperre auf den LAGA Projekten geschehen müsse. In nächster Zeit müssten für diese Projekte alternativer Finanzierungsmöglichkeiten gefunden werden.

Herr Schönemann unterstrich, dass es aus seiner Sicht möglich sei, dass Model Grünbrücke ohne Trog umzusetzen. Die Mulde müsse in die Planung einbezogen werde. Es sei möglich, den Lustgarten auch preisgünstiger erheblich aufzuwerten. Andere Städte hätten so eine Art des Konzepts erfolgreich umgesetzt. Er fragte, ob dies auch für Dessau-Roßlau möglich sein könne. **Frau Jahn** antwortete, dass diese Art der Planung durchgeführt werden soll. Für konkretere Planungen sei die Finanzierung aber erforderlich und dabei spiele der Haushalt 2018 eine entscheidende Rolle. **Herr Schönemann** unterstrich die weltweite Bedeutung der Einbeziehung der Flüsse in eine städtebauliche Planung. So ein positiver Effekt müsse auch in Dessau-Roßlau möglich sein.

Frau Benckenstein, Fraktion der AfD, sagte, dass sie sich vorab eine gemeinsame Diskussion darüber gewünscht hätte, welche Projekte aus dem LAGA-Konzept weiter umgesetzt werden sollen. Vielleicht hätte der Rat andere Aspekte für wichtiger empfunden. Sie finde den Bereich des Lustgartens für besonders wichtig. **Herr Schönemann** sagte, dass das nur ein Vorschlag der Verwaltung sei und dass alle Möglichkeiten für eine Diskussion weiter bestünden. Er fragte, wann die einzelnen Anträge anzugeben seien. **Frau Jahn** antwortete, dass die Anträge abgegeben seien und die Mitteilung bis 12.06.2017 erfolgen müsste, dass alle EFRE Mittel weiterverfolgt werden sollen. **Herr Schönemann** fragte, ob das Vorschlagspapier an die Fraktionen gesendet werden könne. **Frau Jahn** sicherte dies zu.

Herr Adamek, Fraktion CDU, betonte, dass der damalige Grundgedanke gewesen wäre, die Stadt an den Fluss zu holen. Nun seien all diese Projekte zurückgestellt worden. Er hätte sich gewünscht, dass diese Projekte mehr in den Vordergrund gestellt worden wären. Er bitte darum, dass mindestens ein Thema in den Haushalt 2018 aufgenommen werde. Diese Überlegung würde die Möglichkeit geben, die Projekte Stück für Stück nachzuarbeiten. Es hätte ihn gefreut, wenn der Stadtkern so Stück für Stück verschönert worden wäre.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, informierte darüber, dass es sich bei dem Vorgestellten um eine Informations- und keine Beschlussvorlage handele. Die Projekte, die nicht durchgestrichen sind, seien derzeitig finanzierbar. Es bestünde die Möglichkeit, auf Wünsche der Politik einzugehen, aber dafür gäbe es derzeitig keine Fördermittel und finanzielle Ressourcen. Herr Adamek äußerte den Wunsch, dass die Verwaltung prüfen solle, welche Möglichkeiten der Finanzierung für genau diese Projekte bestünden.

Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, unterstrich, dass die derzeitige Sperre nicht bedeute, dass die Finanzmittel nicht widerakquiriert werden könnten. Er halte es für wichtig, die weitere Arbeitsrichtung als Beschlussvorlage in den Rat zu brin-

gen, damit dort die grundsätzliche Richtung transparent beschlossen wird. Durch diesen Beschluss könne eine konzentrierte Zielrichtung erzielt werden.

Herr Tschammer, Fraktion der SPD, sagte, dass er die Vorlage so interpretiere, als das die Verwaltung damit finanzierbare Projekte darlege. Man solle der Verwaltung in diesem Zusammenhang auch ein entsprechendes Vertrauen entgegenbringen. Ohne Fördermittel sei es sehr schwer für die Stadt, größere Maßnahmen durchzuführen. Für die Flächen an der Mulde sollte man einen Investor suchen, da die Stadt sonst die Kosten für Errichtung und Unterhalt alleinig trage. Er sehe für die Projekte an der Mulde keine Chance auf Fördermittel. Herr Schönemann sagte, dass man verschiedene Ansätze und Vorgehensweisen diskutieren könne und Frau Jahn ihre Auswahl aufgrund der Realisierbarkeit der Finanzierung vorgeschlagen habe. Das Problem mit der Grünbrücke müsse aus seiner Sicht nicht mit einem Tunnel gelöst werden. **Frau Jahn** sagte, dass sie anstrebe, im Jahr 2018 eine gesamtstädtetebauliche Betrachtung der Bereiche Mühleninsel und Lustgarten ohne die Option der Grünbrücke vorzunehmen gedenke, um daraus entsprechende weitere Fördermittelmöglichkeiten abzuleiten. **Herr Schönemann** sagte, dass er denke, dass jedes Projekt, was in das Großprojekt „100 Jahre Bauhausjubiläum“ passe, Bedeutung habe. Das Umfeld des ehemaligen Arbeitsamtes gehört dort aus seiner Sicht zwingend hinein, wenn Bauhausbauten entsprechend attraktiv präsentiert werden sollen. Es sei wichtig, einen Grundkonsens zu finden. Die Fraktionen seien aufgefordert, ihre Gedanken und Anregungen zu dem vorgestellten Positionspapier zu verfassen. Auf dieser Grundlage können dann ein tragbarer Konsens erarbeitet werden.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, wies darauf hin, dass die vorgestellten Projekte weiter verfolgt werden und ergänzend dazu geprüft werde, welche Maßnahmen im Bereich Muldufer und Mühleninsel umsetzbar seien.

Herr Schönemann unterstrich, dass er dieses Papier in der Fraktion haben möchte und auch dazu Stellung beziehen werde. Die einzelnen Projekte müssten geordnet werden und dann systematisch umgesetzt werden. Um aus dem Ausschuss eine klare Richtungsentscheidung zu geben, könne auch abgestimmt werden. Zum damaligen Zeitpunkt sei ein Beschluss getroffen worden. Nach der Entscheidung gegen Dessau-Roßlau als Ausrichter der LAGA, müssen die Prioritäten der Situation angepasst und neu bewertet werden. Nach dieser Vorgehensweise könnten machbare Veränderungen auf den Weg gebracht werden.

Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, erwiderte, dass er die Abstimmung für überflüssig halte. Es sei nicht geboten, diese kurzfristig vorgelegte Information abschließend abzustimmen. Es bedürfe einer ausführlichen Diskussion und eine entsprechende Vorbereitungszeit. **Herr Schönemann** sagte, dass die Termine nun einmal vorgegeben seien und wenn diese nicht beachtet würden, eine erhebliche zeitliche Verzögerung die Folge wäre. **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, regte an, dass, wenn die Freigabe der Friedensbrücke in den Nachmittagszeitraum fiel, eine Vorortsbegehung des Muldufers durchzuführen. Die Stadträte hätten so die Möglichkeit, einen realen Überblick der Situation vor Ort zu erhalten und könnten ihre Ansichten und Vorschläge in diesem Zusammenhang artikulieren und bezüglich der Umsetzbarkeit diskutieren. **Herr Schönemann** sagte, dass der nächste Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt im Krötenhof tage. Die Ausschussmitglieder können sich an diesem Tag die entsprechenden Areale gemeinsam ansehen.

6.3.6 Sachstand Retentionsbecken Mosigkau

Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes, informierte darüber, dass Ende Mai 2017 der erwartete positive Fördermittelbescheid gekommen sei. Die Höchstsumme von 1 Million Euro wurde genehmigt. Das Bauende wurde für das Jahr 2019 festgelegt. Die Entwurfs- und Genehmigungsplanung wird nun bis August angepasst und dann an das Umweltamt und die Naturschutzverbände weitergegeben. Im Optimalfall läge eine Genehmigung bis Oktober 2017 vor. Er gehe davon aus, dass eine Plangenehmigung ausreiche und kein Planfeststellungsverfahren nötig sei. Bis Ende des Jahres erfolge dann die Erstellung der Ausführungsplanung. Zu diesem Zeitpunkt solle dann auch die Vorstellung im öffentlichen Raum beginnen.

Herr Büttner, Ortsbürgermeister Mosigkau, fragte, ob diese Terminkette so verbindlich sei, dass er diese am 26.06.2017 in der nächsten Sitzung des Ortschaftsrates vorstellen könne. **Herr Pfefferkorn** bejahte dies.

6.3.7 Sonstige Informationen des Dezernates für Stadtentwicklung und Umwelt

Herr Pönack, Persönlicher Referent der Beigeordneten für Stadtentwicklung und Umwelt, informierte über den Städtergarten Dessau-Roßlau bei der LAGA 2018 in Burg.

Die Präsentation liegt als Anlage 5 bei.

Herr Adamek, Fraktion CDU, fragte, dass er die Idee sehr gut finde, das Projekt aber durchgängig in der Zuständigkeit der Stadtmarketinggesellschaft sehe. **Herr Pönack** antwortete, dass diese auch eingebunden wurde, allerdings kein sehr positives Feedback gegeben habe und aus diesem Grund die Federführung im Dezernat 3 geblieben sei. **Herr Adamek** erwiderte, dass dieses Thema im nächsten Aufsichtsrat zur Sprache käme. Dieses Thema müsse von der Marketinggesellschaft behandelt werden, denn das Amt sei in genügend Projekte eingebunden.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, sagte, dass sowohl die Stadtmarketinggesellschaft als auch die entsprechenden Fachämter gefragt seien.

Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, fragte, ob der Garten wiederholt nutzbar sei. Herr Pönack sagte, dass dies noch nicht abschließend zu beantworten sei und die Planung hierfür erst fortschreiten müsse. Es bestünde aber die Überlegung, das Sitzelement weiter zu verwenden.

Herr Schönemann sagte, dass er sich gefreut hätte, wenn auch runde Elemente zum Einsatz gekommen wären, da dies auch beim Bauhaus möglich sei. Er hätte sich einen innovativen Bruch zu dem reinen Winkeldenken gewünscht. Ansätze der humanen Architektur sollten zukünftig verfolgt werden. Er sehe das Bauhaus als Entwicklung und Veränderung. Er finde es aber gut, dass die Stadt so innovativ für sich und ihr Außenbild werbe. **Herr Adamek** fragte, ob die Präsentation ihm zugesendet werden könne. **Herr Pönack** sicherte dies zu.

Frau Benckenstein, Fraktion der AfD, fragte, wie hoch die Kosten für dieses wären. **Herr Pönack** sagte, dass er derzeit mit 10.000 Euro plane. Eine abschließende Aussage sei aber noch nicht möglich. **Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, ergänzte, dass es wahrscheinlich auch ratsam wäre, Sponsoren einzubinden.

6.4 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, wies darauf hin, dass die Verwaltung auch weiterhin am Thema Leipziger Tor arbeite. In der Ausschusssitzung im August werde ein inhaltliches Grobkonzept vorgestellt. Sie lud außerdem zur „Langen Nacht der Stadtnatur“ am 15.06.2017 in das Bundesumweltamt und verwies auf das abwechslungsreiche Programm, welches Interessierte am Wochenende erwarte.

Frau Benckenstein, Fraktion der AfD, verwies auf die Gefahr, welche von Fahrradfahrern auf der Antoinettenstraße ausginge, welche die Radwege nicht ordnungsgemäß nutzen. Sie fragte, ob es möglich wäre, eine entsprechende Beschilderung vorzunehmen und die Gefahr zu minimieren. **Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen**, fragte nach, ob in diesem Bereich nicht ein Radweg existiere. **Frau Jahn, Leiterin des Amts für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste**, antwortete, dass es derzeit verschiedene Lösungsansätze für die Situation diskutiert werden, es aber noch keine abschließende Einigung mit der Straßenbaubehörde gebe. **Frau Benckenstein** unterstrich, dass es wichtig wäre, für die Radfahrer eine alternative Lösung zu finden. **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes**, sicherte zu, dass die Verwaltung weiterhin an einer Problemlösung arbeite. **Frau Jahn** ergänzte, dass der Radweg derzeit dort sei, wo der Parkplatz ist. **Herr Schönmann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, fragte, wann es konkret eine Lösung gebe. **Frau Jahn** antwortete, dass dies bis zum nächsten Ausschuss passieren könne.

Herr Adamek, Fraktion CDU, fragte, wann die Umsetzung des „Handyparkens“ erfolge, da dies bis zum 2. Quartal umgesetzt sein sollte. **Herr Pfefferkorn** antwortete, dass auf Grund der personellen Auslastung das Ziel nicht umgesetzt werden könne, dass aber große Fortschritte gemacht wurden und klare Vorstellungen vorlägen, die aber noch einer letzten Qualifizierung bedürften. **Herr Adamek** fragte, ob es denn schon entsprechende Anbieter gebe und ob das Projekt im 3. Quartal umgesetzt werde. **Herr Pfefferkorn** bejahte dies und ergänzte, dass eine Umsetzung im 3. Quartal realistisch sei. **Herr Adamek** bat darum, dass es nach der Sommerpause ein entsprechendes Feedback gebe. **Herr Pfefferkorn** sicherte dies zu.

Herr Adamek fragte, wie der aktuelle Stand des Fördermittelantrages für die Gropius Sporthalle sei. **Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur**, erwiderte, dass bis Ende Juni die Anträge versendet würden. Er erkundigte sich darüber hinaus in jeder Dienstberatung.

Herr Adamek fragte, wie der aktuelle Stand der Zufahrt zur Bäckerei Lantzsch ist. **Frau Schlonski** antwortete, dass es abschließende Stellungnahmen gebe und die abschließende Entscheidung nun durch den Oberbürgermeister getroffen werden müsse.

Herr Büttner, Ortsbürgermeister Mosigkau, fragte wie der derzeitige Stand der im Februar mit den Ortsbürgermeistern besprochene Bäderkonzeptionsgemeinschaft Dessau-Roßlau ist und wer dieses Projekt bearbeite. **Herr Dr. Reck** antwortete, dass das Sportreferat eine Übersicht erstellt habe, welche Bäder existieren. Die Besonderheit sei, dass bis auf 4 Bäder alle anderen in erbbaurechtlichen oder pachtvertraglichen Verhältnissen stünden und dies auch der Grund sei, weshalb die Verwaltung dieses Projekt zurückgestellt habe. Es gebe viele unterschiedliche Einzelfälle und teilweise sehr lange Laufzeiten der Verträge.

Herr Schönemann unterstrich die Wichtigkeit der Bestandssicherung. Er hätte gerne Informationen über den gegenwärtigen Sachstand und über die nächsten Arbeitsschritte. Derzeit könne der Bevölkerung nicht gesagt werden, welche Freibadlandschaft im Sommer zur Verfügung steht und dies dürfe kein Dauerzustand sein. **Herr Dr. Reck** betonte, dass ihm kein Bad bekannt sei, welches seine bisherige Erwartungshaltung negativ geändert habe. Bis in Großkühnau könne auch überall eine Badeaufsicht gestellt werden. Er bot aber an, im nächsten Sportausschuss einen aktuellen Sachstand zu geben.

7 Beschlussfassungen

7.1 Maßnahmebeschluss Geländeerschließung und Umfeldgestaltung der Bauhausbauten Kornhaus Vorlage: BV/160/2017/IV-80

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: **7 : 0 : 0**

Die Vorlage wurde ungeändert beschlossen.

7.2 Geländeerschließung und räumliche Optimierung Technikmuseum "Hugo Junkers" Dessau Vorlage: BV/119/2017/IV-80

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: **7 : 0 : 0**

Die Vorlage wurde ungeändert beschlossen.

7.3 Maßnahmebeschluss zum Neubau einer Fahrzeughalle und Sanierung des Gerätehauses der Freiwilligen Feuerwehr Meinsdorf Vorlage: BV/106/2017/II-37

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

Die Vorlage wurde ungeändert beschlossen.

- 7.4 Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 220 "Ausstellungszentrum für das Bauhaus" - Befreiung von der Festsetzung zur Lage der Stellplatzanlage
Vorlage: BV/101/2017/III-61**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

Die Vorlage wurde ungeändert beschlossen.

- 7.5 Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlage auf dem Gelände der ehemaligen WGT–Garnison, „Berliner Cultur“ im Stadtteil Roßlau/Grundsatzbeschluss
Vorlage: BV/107/2017/III-61**

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, fragte, ob die Zuordnung und Verwendung des Naturareals seit der Diskussion über die Biogasanlage verändert wurde. **Herr Schmidt, Abteilungsleiter Städtebau und Planungsrecht**, antwortete, dass es mit verschiedenen Landesbehörden entsprechende Abstimmungen gegeben habe. Derzeit gebe es keine Alternativen.

Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, fragte, ob für dieses Konzept eine Abstimmung des Stadtrates ausreiche. **Herr Schmidt** antwortete, dass eine konkrete Entscheidung des Investors über das Konzept benötigt würde.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

Die Vorlage wurde ungeändert beschlossen.

- 7.6 Bebauungsplan Nr. 125 "Große Lobenbreite" - 1. Änderung und Ergänzung im vereinfachten Verfahren nach § 13 Baugesetzbuch/Aufstellungsbeschluss und Billigung des Planentwurfes zur Beteiligung
Vorlage: BV/096/2017/III-61**

Herr Adamek, Fraktion CDU, merkte an, dass die Veränderungen im Baugebiet zu großen Diskussionen führen und er sich deshalb enthalte. **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, erwiderte, dass es durchaus kontroverse Diskussionen gebe. Eine zeitgemäße Gestaltung der Gebäude solle eine größere Bandbreite ermöglichen. Kein Bauwilliger solle mit unnötigen Einschränkungen behindert werden. **Herr Adamek** antwortete, dass seine Fraktion sich den ganzen Vorgang noch einmal ansehen werde und sich am 21. Juni im Stadtrat dazu äußere.

Herr Schönemann unterstrich, dass er die Diskussion nicht zuspitzen wolle, da es eine Vielzahl an Bauwilligen gäbe, die auf diese Firsthöhe vertrauen.

Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, fragte, ob damit sichergestellt sei, dass damit Häuser entstehen können, die ein flaches Dach haben, weil aus seiner Sicht auch andere Varianten möglich seien. Er fragte außerdem, ob eine einheitliche Baustruktur in dem Gebiet gesichert sei. **Herr Schönemann** antwortete, dass die Frage des Daches gesichert sei, es sich aber um ein individuelles Baugebiet handle, bei dem der Bauherr über die Art des Bauens entscheide. Es werde ein Gebiet werden, in dem zeitgemäßes Bauen ermöglicht werde und über die einzelnen Bauten wolle er nicht urteilen. Aus seiner Sicht solle die Möglichkeit eröffnet werden, die baulichen Freiräume individuell neu zu gestalten. **Herr Schmidt, Städtebau und Planungsrecht**, ergänzte, dass kein unbebautes Gelände vorläge, sondern ein Areal existiere, das seit 25 Jahren gestaltet werde. Durch das neue Verfahren solle zeitgemäßes Bauen ermöglicht und dabei niemand benachteiligt werden. Die neu eingeräumten Rechte, müssten natürlich entsprechend für das gesamte Gebiet gelten. Die individuelle Bauweise habe das Gebiet von Anfang an durchzogen.

Herr Dr. Melchior fragte nach, ob eine Steuerung möglich wäre, wenn man das Gebiet in verschiedene Bauabschnitte teile. **Herr Schmidt** antwortete, dass dies theoretisch möglich wäre, er davon aber abrate, da ein homogenes Baugebiet vorliege.

Herr Schönemann sagte, dass das Zulassen von neuen Bauweisen auch die Bildung einer Handschrift ermöglichen könne, welche noch nicht erkennbar sei. Der B-Plan lasse einen hohen Individualismus zu und dies war von Anfang an so gedacht.

Abstimmungsergebnis:

4 : 0 : 3

Die Vorlage wurde ungeändert beschlossen.

**7.7 Aufbauhilfe Hochwasser 2013
Ersatzneubau Funktionsgebäude Junkers Paddelgemeinschaft Dessau e.V.
Leopoldshafen 3, 06846 Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/155/2017/III-65**

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, begrüßte die positive Entwicklung des Bauprojekts, welches dem Verein bei seiner Entwicklung helfe.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

Die Vorlage wurde ungeändert beschlossen.

Herr Schönemann schloss den öffentlichen Teil der Sitzung.

10 Schließung der Sitzung

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, schloss um 20:09 Uhr die Sitzung.

Dessau-Roßlau, 25.08.17

Ralf Schönemann
Vorsitzender Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt Schriftführer